

derung. Als globale politische Institution ist sie ein Phänomen politischer Globalisierung. Und genau diese gilt es aus der Geschlechterperspektive kritisch zu reflektieren. Denn Frauen sind weltweit sowohl Gewinnerinnen als auch Verliererinnen verschiedenster Globalisierungsprozesse. Während in manchen Teilen der Welt Globalisierung neue Arbeitsplätze für Frauen schafft, zerstören diese Prozesse andernorts deren Existenzgrundlage.

Auf die Veränderung der Lebensrealitäten von Frauen muss auch eine globale politische Institution flexibel reagieren.

Um auf der globalen Ebene den Bezug zu lokalen Alltagsrealitäten nicht zu verlieren, sollte *UN Women* ein offenes Ohr für die Anliegen der Frauenbewegungen weltweit haben.

Die um den Weltfrauentag im März 2011 in Venezuela stattfindende Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen kann daher ein Forum bieten, in dem politische Institutionen mit AktivistInnen aus der ganzen Welt in einen Dialog treten, um gemeinsam für die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit einzustehen und diese nachhaltig umzusetzen.

*Gisela Notz*

## **Schwestern, zur Sonne**

### **Das historische Verwandtschaftsverhältnis von Frauenbewegung und Sozialdemokratie**

*Das historische Verhältnis von Frauenbewegung und Sozialdemokratie ist ein doppelt ambivalentes Verhältnis: Einmal ist es durch tiefe Gräben zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung geprägt, zum anderen durch die Schwierigkeit, frauenpolitische Fragen innerhalb der Sozialdemokratie zu verankern und durchzusetzen.*

Sozialdemokratische Frauen hatten einen bedeutenden Anteil am Aufstieg der Arbeiterbewegung. Im 19. Jahrhundert war die gesellschaftliche Ordnung von tiefen Klassengegensätzen geprägt. Viele der Wegbereiterinnen der ersten sozialdemokratischen Frauenbewegung hatten die Not und das Elend der Arbeiterinnen und Dienstmädchen am eigenen Leibe erfahren. Sie kamen als »blutjunge Mädchen« in die großen Städte, in welchen sie als Dienstmädchen, Heimarbeiterinnen oder Fabrikarbeiterinnen – wie Pauline Staegemann (1838 - 1909) und viele andere – arbeiteten. Für sie war ein solcher Umzug die einzige Möglichkeit, dem noch ärmlischeren Leben auf dem Lande zu entgehen. Pauline Staegemann und weitere Genossinnen gründeten als ers-



**Gisela Notz**

(\* 1942) war bis 2007 wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsabteilung für Sozial- und Zeitgeschichte, und ist jetzt freiberuflich tätig. Seit 2003 gibt sie den Kalender *Wegbereiterinnen* heraus.  
gisela.notz@t-online.de

te sozialdemokratisch-orientierte Frauenorganisation den Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein. Er fought für mehr und bessere Arbeitsbedingungen für Frauen und Mädchen. Weitere Vereine folgten.

Andere Wegbereiterinnen kamen aus wohlbehüteten bürgerlichen Elternhäusern. Sie hatten die tiefe Ungerechtigkeit erkannt, die die Gräben zwischen den Klas-

sen hervorgebracht hatte. Deshalb hatten sie die »Lager« gewechselt und – wie Clara Zetkin und viele andere – die Brücken hinter sich verbrennen müssen, weil sie von ihrer Klasse ausgestoßen wurden. »Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln«, mit diesem Satz erklärte Clara Zetkin nicht nur ihren SPD-Beitritt, sondern sie zerschnitt auch das Tischtuch zwischen sich und ihrer Familie und ihrer Lehrerin und Freundin Auguste Schmidt, die wie ihre Mutter der bürgerlichen Frauenbewegung angehörte.

### Motivation und Auftrag

Die sozialistischen Vorkämpferinnen wollten die »volle soziale und menschliche Befreiung und Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts«. Sie sahen die Frauenfrage in Zusammenhang mit dem historischen Materialismus als wesentlichen Teil der allgemeinen sozialen Frage. Ihr Handeln wurde von der Auffassung geleitet, dass nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus durch das sich befreiende Proletariat *allen* Frauen »voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum« (Zetkin) bringen werde und nicht die formale Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Sie sammelte, organisierte und schulte vor allem die Proletarierinnen für den »Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts«, wie es Ottilie Baader 1907 formulierte. Und dieser Kampf sollte Schulter an Schulter mit den Genossen geführt werden, bis die Revolution der bürgerlichen Ordnung, und damit auch die Frauenbefreiung, erreicht war.

Sie sahen durchaus, dass Frauen, obwohl sie genauso wie Männer für das tägliche Brot arbeiten mussten, noch mehr ausgebeutet wurden, als die Kollegen. Sie

bekamen noch geringere Löhne als die Arbeiter und der lange Arbeitstag und die belastenden Arbeitsbedingungen waren kaum zu ertragen, weil zu Hause die Kinder und die Hausarbeit warteten, die auch in den Arbeiterfamilien den Frauen überlassen war. Die ausgiebige Verwendung billiger und sich durch den Lohndruck verbilligender, williger Frauenarbeit war nicht nur eine Folgeerscheinung der Ausbreitung des Kapitalismus, sie war gleichzeitig eine Voraussetzung seines Aufblühens.

Die klassenspezifischen Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen politischen Vorstellungen wurden im Kampf um das Frauenwahlrecht deutlich. In fast allen Ländern forderten die »Gemäßigten Bürgerlichen« für Frauen die gleichen Rechte wie für Männer. Wenn die Männer nach drei Klassen wählten, wollten sie das für die Frauen auch, denn sie gehörten meist den höheren Klassen an. Lediglich einige Gruppen »radikaler« bürgerlicher Frauen kämpften, wie die Sozialdemokratinnen für das gleiche und freie Wahlrecht für alle Menschen. Kein Wunder, dass die Sozialdemokratinnen nur punktuell mit den bürgerlichen Frauengruppen zusammenarbeiteten. Und die wenigsten bürgerlichen Frauen wollten sich mit ihnen an einen Tisch setzen.

Am internationalen Frauenstimmrechtskongress 1904 in Berlin nahmen die Sozialistinnen nicht teil, weil sie keine Gemeinsamkeiten mit »Frauenrechtlerinnen« sahen, die das »große und verwinkelte Problem der Frauenbefreiung nicht in seinen vielverzweigten sozialen Zusammenhängen erfassen, vielmehr aus den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten«, wie Clara Zetkin das beschrieb. Vermutlich waren sie aber auch gar nicht eingeladen worden.

Auch zwischen den Sozialistinnen herrschte nicht immer Einigkeit. Noch während der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen 1907 in Stuttgart waren die österreichischen und auch

einige englische Frauen der Auffassung, es sei unklug, gleichzeitig für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einzutreten. Sie wollten zuerst für das volle »Arbeiterwahlrecht«, das in einigen Ländern und auch in Preußen nicht verwirklicht war, kämpfen. Sie vertraten damit die Interessen der sozialistischen Männer in ihren Ländern; durchsetzen konnten sie sich nicht.

Wen wundert es, dass die Arbeiterinnen auch aus den Reihen der »Arbeitsmänner« wenig Fürsprecher hatten? Schließlich wünschten sich auch viele »Arbeitsmänner« eine Hausfrau nach bürgerlichem Vorbild. Daher kämpften sie für einen Lohn, der es ihnen gestatten sollte, Frauen und Kinder zu ernähren und der es ihren Frauen ermöglichen sollte, zu Hause zu bleiben. Sie fürchteten die Selbstständigkeit der Frau und lehnten die Separation in »reinen Frauengruppen« stets ab. »Es gibt Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus«, schrieb August Bebel, einer der wichtigsten Wortführer der deutschen Arbeiterbewegung. Er war es, der die Forderung nach dem Frauenwahlrecht 1875 ins Gothaer Programm einschreiben wollte. Ohne Erfolg; es blieb bei der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für alle Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr an. »Alle Staatsangehörigen« waren alle Männer. Erst 1891 in Erfurt konnte er die Genossen von der Notwendigkeit des Ein schlusses von Frauen überzeugen. Noch schwieriger war es, die Forderung in den Deutschen Reichstag einzubringen, da musste Bebel 1895 das Gelächter der Männer aus allen anderen Parteien ertragen. Die bürgerliche Frauenbewegung hatte keine Partei, die sich für ihre Interessen einsetzte und keinen Fürsprecher, der sie vorbrachte. Es dauerte bekanntlich bis 1918, bis das Frauenwahlrecht erreicht war.

De facto ging – nach einem Rückschritt während der NS-Zeit – die »Frauenfrage«

nur langsam voran. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es wiederum sozialdemokratische Frauen (Frieda Nadig und Elisabeth Selbert), die sich gegen die 61 Männer aus *allen* Parteien und auch gegen die beiden Frauen aus den konservativen Parteien durchsetzen mussten, bis der Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« – nach einer breiten Öffentlichkeitskampagne – ins Grundgesetz geschrieben wurde. Die faktische Gleichberechtigung war damit lange nicht erreicht. Erst Ende der 60er Jahre, als die *neue* Frauenbewegung mit dem Slogan »das Private ist politisch« an die Öffentlichkeit trat, riss auch bei den SPD-Frauen der Geduldsfaden. Es bedurfte harter innerparteilicher Auseinandersetzungen, bis 1973 die selbstständige *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen* gegründet werden konnte. Es war ihr Erfolg, dass die SPD nach langjährigen Verhandlungen auf ihrem Münsteraner Parteitag 1988 die Quote in ihre Satzung aufnahm. Die Mindestabsicherung von 40 % für jedes Geschlecht hat geschlechterdemokratische Bewegung in die Besetzung der SPD-Ämter gebracht und auch neue Formen der Kooperation geschaffen.